

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.00 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Sömb. Halb. Vertriebsstraße 14.

Abbestellungspreis: 18 Pf. für den mit Höhe und Spalte: 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle Vertriebsstraße 14. Tel. (Ab.) 21043, (Ab.) 21047 (Ab.) 22251. Telegramm: Klassenkampf. Halle. Vertriebsstraße 14. Postfach 1068. 48. Art. Arch. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 15. Februar 1928

8. Jahrgang • Nr. 39

Arbeiterfront gegen Bürgerblockfront!

Der Weg zum Ziel!

Die Industriellen haben die Gesamtspernung in der Metallindustrie beschlossen, um mit allen Mitteln die mitteldeutschen Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Der Erfolg des Kampfes wird richtunggebend für die Lohnpolitik der nächsten Monate werden, so bestimmen die Industriellen. Sie berufen sich dabei auf den Schiedsspruch in der Hüttenindustrie, der einen Hungerlohn von 78 Pfennigen festlegte.

Die Niederlage der Arbeiter in der Hüttenindustrie soll jetzt zum Maßstab für alle kommenden Lohnbewegungen werden.

Warum haben die Hüttenarbeiter ihre Forderungen nicht durchsetzen können? Weil die Gewerkschaftsleitungen das Kampfbündnis der Hüttenarbeiter, Berg- und Transportarbeiter ab-

Kolgendes Telegramm wurde von der getriggerten Kundgebung der streikenden Metallarbeiter, die im „Volkspost“ Halle statt fand, abgeschickt:

Verbandsrat Metallarbeiter, Moskau

Kaufleute Metallarbeiter im schweren Kampf gegen mitteldeutsche Metallunternehmer senden Euch heiße Grüße. Danken für Solidaritätstelegramm. Begünstigen Anbindung aktiver internationaler Solidarität. Verstärken Kampf bis zum Siege fortzuführen!

Lehnen! Erst nach Beendigung der Hüttenarbeiter-Bewegung sollten die Bergarbeiter ihre Forderungen aufstellen. Diese Zersplitterung der Kampffront haben die Industriellen geschickt ausgenutzt. Zur rechten Zeit hat der Arbeitsminister des Bürgerblocks den Forderungen der Großhüttenindustriellen entsprochen und jenen Schiedsspruch gefällt, der die Hüttenarbeiter mit zwei Bettelspfennigen abspeiste. Die sozialdemokratische Presse stellte sich offen auf die Seite des Bürgerblocks, indem sie sogar die heillosigste Durchführung des Schiedsspruchens forcierte und erklärte die „Staatsautorität“ — des Bürgerblocks! — müßig gelähmt werden.

Auch jetzt ist der Arbeitsminister des Bürgerblocks wieder dabei, einen Schiedsspruch vorzubereiten, um auf diesem Wege den mitteldeutschen Kampf abzuwürgen.

Wiederum stellt die Sozialdemokratie dem Bürgerblock, indem sie den Arbeitern einreden versucht, daß die Ausperspernungsoffensive „in Ürtz an die Gurgel der Wirtschaft“ und der „Staates“ sei, während in Wirklichkeit die Industriellen der Arbeiterfront an die Gurgel fahren. Die Sozialdemokratische Partei stellt sich damit offen auf die Seite des Bürgerblocks, denn wer sich berufen fühlt, die Wirtschaft des Trustkapitals zu schützen, wer seine Hoffnungen auf den Bürgerblockspießler setzt, der kämpft gegen die Arbeiterfront.

Wie lange soll das so weitergehen? Sollen die mitteldeutschen Metallarbeiter, die Bergarbeiter, die Chemiewerker und die Eisenbahner nacheinander Niederlagen erleben, weil die reformmüßigen Führer das Kampfbündnis der Arbeiter abhaken? Die Industriellen kämpfen in geschlossener Front. Mit allen Mitteln unterstützen sie die mitteldeutschen Metallindustriellen. Sie pfeifen in Tarifverträge. Sie wissen, daß ein Sieg der Industriellen in Mitteldeutschland richtunggebend für die kommenden Lohnbewegungen in der Chemie, im Bergbau und bei der Eisenbahn ist. Sie sind sich auch bewußt, daß eine Niederlage der Arbeiter im mitteldeutschen Kampf die politische Macht der Trustbourgeoisie festigt, es den Arbeitern erschwert, den politischen Kampf gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik, gegen die Durchführung des „Notprogramms“ des Bürgerblocks zu führen.

Deshalb gilt es, gegenüber der Bürgerblockfront die Arbeiterfront zusammenzuschließen!

Die Arbeiterklasse und insbesondere die Gewerkschaften müssen alle Kräfte einsehen, um die mitteldeutschen Metallarbeiter durch Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe in Mitteldeutschland zu unterstützen.

In der Großhüttenindustrie muß aufs neue der Kampf für den Achtstundentag und gegen die Sonntagsarbeit auf-

Vor neuen Verhandlungen!

Verhindert einen Bettelspfennigschiedspruch — 15 Pf. und nicht weniger

(M.B.) Berlin, 14. Februar.

Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Rücksicht auf die drohende Ausbeutung des Kampfes entschlossen, von Amts wegen ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Verhandlungen finden voraussichtlich am Freitag, dem 17. Februar, im Reichsarbeitsministerium statt.

Der Reichsarbeitsminister Brauns gehört dem Befehl seiner Trübsaher. Er setzt neue Verhandlungen an, in denen wahrscheinlich ein Schiedsspruch gefällt werden wird, der sich im wesentlichen mit dem ersten Bettelspfennigschiedspruch decken wird. Das Stichwort zur Begründung dieses Schiedsspruches gibt ihm neben der bürgerlichen auch die sozialdemokratische Presse, die gestern darüber heulmeierte, daß die Maßnahmen der Unternehmer geeignet sind, die wichtigsten Teile der deutschen Wirtschaft auf unabsehbare Zeit brachzuliegen und — man überlege die unerschwinglichen Folgen eines bezugslosen wirtschaftlichen und politischen Wahnsinns“ („Volkspost“ v. 14. 2).

Eben mit der Begründung, daß der „Wahnsinn“ verhindert werden muß, wird Brauns einen Schiedsspruch fällen und für den Arbeiter blockiert erklären. Weiter ist dann wahrscheinlich, daß die sozialdemokratischen Führer sich der Verbindlichkeitsklärung beugen, um den „für die deutsche Volkswirtschaft sehr gefährlichen Weg“, wie das „Volkspost“ gestern schrieb, zu vermeiden. Man wird die Arbeiter dann mit dem Hinweis auf die „Abrechnung bei den Wahlen“ zu trösten versuchen. Daß dieser Trost nur ein Bluff ist, mit dem die sozialdemokratischen Führer ihre Kapitulation vor der Trustbourgeoisie und dem Staatsapparat des neudeutschen Imperialismus zu decken versuchen werden, liegt auf der Hand. Jetzt besapfen sie, daß die Unternehmer mit der Ausperspernungsanbindung einen Bluff verlierten. Wir lesen darüber im „Volkspost“:

genommen werden. Schulter an Schulter mit den mitteldeutschen Metallarbeitern müssen die Hüttenarbeiter ihre alten Forderungen erkämpfen.

Die Chemiewerker, Bergarbeiter und Eisenbahner, deren Tarife in den nächsten Wochen ablaufen, müssen sich klar sein, daß eine Niederlage der Metallarbeiter die Durch-

Zum Monat März

Wir wollen wir erneut einen Generalangriff um die Güter und Herzen der Werktätigen durchführen.

eine große Werbetampagne

für unsere Partei und unseren „Klassenkampf“ veranstalten. Große wirtschaftliche und politische Aufgaben und Kämpfe stehen vor dem Proletariat. Dazu gilt es, unsere Waffen zu schärfen, unseren Einfluss zu vergrößern. Jeder Genosse muß teilnehmen an dieser Arbeit

für Partei und Presse!

Organisiert in Betrieb und Wohnbezirk rechtzeitig die Werbetampagne. Arbeit planmäßig, dann sind die Erfolge sicher!

1. Großwerbetag ist Sonntag, 26. Februar

„Wir haben bereits vor acht Tagen, als die erste Ausperspernung erfolgt, bemerkt, daß wir eine derartige Drohung für einen Bluff halten. Und wir haben auch gestern nach erfolgter Veröffentlichung an dieser wohl begründeten Auffassung festgehalten und sind nicht gewillt, sie fallen zu lassen.“

Mit Recht sollte gestern in einer Diskussion mit Metallarbeitersführern, die wir über diese Ansicht der reformmüßigen Führer hatten, ein Arbeiter sein:

„Wenn es sich nach Meinung der SPD. nur um einen Bluff der Unternehmer handelt, dann dürften die reformmüßigen

Wie uns jenseits mitgeteilt wird, haben die Gewerkschaften der Somajunion, die der Internationalen Arbeiter-Hilfe angeschlossen sind, ihren Worten die Solidarität der Tat folgen lassen und der I.A.H. für die Streikenden eine größere Geldsumme überwiesen. Ein ansehnlicher Teilbetrag befindet sich schon in den Händen des hiesigen Landesauschusses.

Führer sich auf keinen Fall einem Zwangschiedspruch beugen. Dann gilt es erst recht, die Ränge zu zeigen und auch gegen die Verbindlichkeitsklärung weiter zu kämpfen.“

Wir werden erleben, daß diese gesunde Logik von der Sozialdemokratie nicht eingehalten wird, weil die Voraussetzung, es handele sich mit der Ausperspernungsanbindung um einen Bluff, eben nicht stimmt. Sie werden kapitulieren, wenn es durch den Willensdruck der Arbeiter in allen Betrieben und Betrieben nicht verhindert wird. Die nächsten Tage werden es ja zeigen!

Worauf es ankommt, behandelt nebenstehender Artikel.

legung ihrer Forderungen ungeheuer erschwert oder vielleicht ganz verhindert. Im Interesse der Erämpfung der Forderungen der Bergarbeiter, Chemiewerker und Eisenbahner ist es notwendig, daß sofort die Gewerkschaften dieser Industrien das Kampfbündnis mit den Metallarbeitern organisieren, damit die Durchführung der Ausperspernung der Metallarbeiter mit dem Streik der Arbeiter in der Chemie, im Bergbau und bei der Eisenbahn beantwortet werden kann.

Arbeiter, Klassenlosen! Behindert, daß eine Arbeitslosigkeit nach der anderen niederzuschlagen wird, organisiert das Kampfbündnis der Arbeiter der entscheidenden Industriegruppen!

Geschlossene Arbeiterfront gegen Bürgerblockfront! Rüttelt in allen Betrieben die Jagdhaken und Unentschlossenen auf! Demonstriert den einmütigen Kampfwillen! Organisiert in allen Orten am Montag, dem 20. Februar Massenversammlungen und Demonstrationen! Beweist am Montag durch Aufmarsch der Arbeiterkassen, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht mit verdrängten Armen zusehen wird, wenn die mitteldeutschen Metallindustriellen versuchen, durch Ausperspernung in die Tasche die Metallarbeiter auf die Knie zu zwingen!

Beratungen . . . wo es zu handeln gilt!

(M.B.) Stuttgart, 14. Februar.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte heute seine Gesamtsitzung zu einer Sitzung nach Stuttgart einberufen, um zum Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller betreffend die Ausperspernung in der Gesamtmetallindustrie Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Wie aus dem Bericht der Versammlungsergebnisse hervorgeht, lagen bis abends 8 Uhr noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Es war wohl von der Leitung eine Entscheidung vorgelegt worden, doch wurden aus der Versammlung heraus noch Zusatzfragen gestellt. Die Debatte geht daher morgen früh weiter und die Entscheidung dürfte nicht vor Mittwoch vormittag zu erwarten sein.

Demonstriert gegen die Offensive der Trustbourgeoisie

Am Montag, dem 20. Februar, verläßt alles 1 Stunde vor Arbeitsluß geschlossen die Betriebe zu den Demonstrationen für Lohnerhöhung und Achtstundentag, gegen Bürgerblock und Imperialismus.

Die Scharfmacherpresse zur Ausperrungsdrohung

Der Bettelespennschiedspruch soll für verbindlich erklärt werden

Die Unternehmerrpresse nimmt in langen Krämpfen die Ausperrungsdrohung der Metallindustriellen Stellung. Die erste Spekulation der Unternehmer ist natürlich die Hoffnung auf allgemeine Einigung der Arbeiterklasse, die zur Durchsetzung eines neuen Schiedspruches dienen soll. So schreibt der Berliner Morgen-Courier:

Die Aufkündigung der Gesamtausperrung ergibt natürlich eine ganz andere Situation, als die Arbeitslosigkeit in den meisten mitteldeutschen Betrieben. Wir möchten glauben, daß das Arbeitsministerium alles versucht wird, um diese Ausperrung mit ihren schädlichen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verhindern. Es muß im Interesse des Gemeinwohls ein neues Schiedspruchverfahren umgeben vom Ministerium eröffnet werden.

Ebenso erklärt die „Frankfurter Zeitung“:

Damit dürfte wohl die Gefährdung des Allgemeinwohls als Voraussetzung für ein Zwangsschiedsverfahren durch den Reichsarbeitsminister gegeben sein.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ verlangt kategorisch, daß der alte Schiedspruch, der an Stelle von den geforderten 15 Ferning lümmige 3 Ferning Zulage vorlag, für verbindlich erklärt wird. Sie schreibt:

So bleibt unleser Erachtens, wenn die Schlichtungspflicht den Lohn nicht zum Objekt eines reinen Machtwortspiels machen will, allein übrig, daß der neue Schiedspruch sich in den Grenzen des früheren Schiedspruches hält. Nur daß dann die aufgeweckte dröhnende öffentliche Meinung, das Problem der Arbeitslosigkeit anders versteht.

Aber nach dem Schrei nach einem neuen Hungerstreikspruch löst die Unternehmerrpresse schon bedeutend weiter vor. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ erklärt noch einmal ausdrücklich, daß die Ausperrungsdrohung keineswegs, wie das die Reformisten hinstellen belieben, ein Schiedspruch war:

„Sicherlich wird der Schied der Metallindustrie notwendig als vorläufiger Maßnahme anzusehen sein. Man wird sich jedoch davor hüten müssen, ihn nur als leere Drohung aufzufassen. Wenn man auch einen Termin bis zum 22. d. M. gesetzt hat, so dürfte sich darin nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern vielmehr die dem Verantwortungsbewußtsein entsprechende Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen und der Wunsch, es nicht bis zum äußersten kommen zu lassen, ausdrücken.“

Noch deutlicher wird aber die „Königsberger Zeitung“, die eine umfassende maßpolitische Auseinandersetzung mit den um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit kämpfenden Arbeitern anhängt. Sie schreibt:

Die deutschen Metallindustriellen halten eine grundsätzliche und enge Auseinandersetzung mit der radikalen (!) Gewerkschaftspolitik für unerlässlich, um den noch bestehenden Rest der Rentabilität ihrer wichtigsten Gewerbezweige zu retten.“

Die Industriellen wollen aber mit ihrer Ausperrung nicht nur den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf zu einer Meuterei für die Arbeiterklasse gestalten, sondern zugleich der ganzen deutschen Arbeiterklasse einen Spiegel vorsetzen für weitere Kämpfe um Lohnsteigerung und Verkürzung der Arbeitszeit. Dazu sagt die „Industrie- und Handelszeitung“ ganz eindeutig:

„Aus dem Bestehen des Gesamterbundes der deutschen Metallindustriellen ergibt sich klar, daß es sich hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung handelt. Die Unternehmer wollen unbedingt unter das jetzt wieder angelegene Rad der Lohnsteigerungen einen Bremsblock legen, um die Bewegung noch in ihren ersten Anfängen in ruhige Bahnen zu lenken.“

Manchen stellt die Scharfmacherpresse schon Vorwürfe über den vorausgesetzlichen Inhalt an und setzt klar, daß noch nicht alle Betriebe der Metallindustrie für die Ausperrung erschließen haben und daß noch Möglichkeiten zur Steigerung des Unternehmenserfolges bestehen. So erklärt die „Deutsche Bergwerkszeitung“:

Die Ausperrung ist angeordnet von dem Gesamterbund deutscher Metallindustrieller und gilt nur für dessen Mitglieder. Nicht angeschlossen sind dem Verband die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, das Siegerland, Oberhessen, die Kleinmetallindustrie an der Westküste des Ruhrbezirks, sowie das Saarrevier. Das Ausperrungsverbot beschränkt sich bei diesen Betrieben auf die Werke in Waden, Witten-Rhein-Walden-Gladbach. Von den nicht angeschlossen Industriellen ist eine Stellungnahme zum Vorgehen des Gesamterbundes Deutscher Metallindustrieller noch nicht erfolgt.

Das Zentrum der ganzen Bewegung ist Berlin, wo allein 400 000 Metallarbeiter beschäftigt sind (davon mehr als 250 000 in den dem Gesamterbunde Deutscher Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben). In Frage kommen hier vor allem die großen Elektro- und Maschinenwerke, wie AEG, Siemens, Schuckert, ferner die Maschinenfabriken, wie Borsig, Löwe, Schenck & Co. Für den Kölner Bezirk wären vor allem Sum, Balbi und Decker-Gas zu nennen.“

Dazu stellt die „Berliner Börsenzeitung“ noch ergänzend mit:

... daß auch die eisenhaltende Industrie Westdeutschlands durch die Ausperrung in der deutschen Metallindustrie zu einer Stilllegung der Betriebe gezwungen werden würde, so daß alsdann die gesamte deutsche Eisenindustrie zum Erliegen kommen würde.“

Uns diesen ganzen Vorkommnissen können die deutschen Metallarbeiter mit aller Klarheit erkennen, was jetzt gescheitert ist: ein grundsätzlicher Kampf der Unternehmer gegen Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Arbeiterklasse und gegen das Schlichtungsverfahren, so weit es den Unternehmern nicht paßt; für die Arbeiterklasse sollen nach dem Wunsch der Scharfmacher die Zwangsschiedsprüche mit 1, 2 und 3 Fernigen Bettelesgabe verbindlich sein. Wenn die Arbeiter nicht parieren wollen, dann wird die Klassenjustiz gegen die Gewerkschaften, die Schlichtung, Polizei und Justiz gegen die freudigen Arbeiter mitwirken. Aber die Unternehmer spielen auf laufende Tarife und verbindlich erklärte Schiedsprüche, sie sperren aus, legen die Betriebe still, liefern die Arbeiter dem Hunger aus und weisen sie nach, die Köhne zu erhöhen und die Arbeit mit der Hand zu versehen. In der kapitalistischen Hindenburg-Republik wird sich kein Klassenstreiker, keine Regierungsgewalt und keine Militärmacht finden, die diese Unternehmerrme niederlagern. Die Niederringung der immer frecher aufsteigenden Tarifkapitalisten ist Sache der Arbeiterklasse und des revolutionären Klassenkampfes.

Große Töne der Kirche

(Eig. Meld.) Berlin, 14. Februar.

Die Reichs-Dauerlichen Gewerkschaften veröffentlichten in der demnächstigen Woche folgende Erklärung:

Der Gesamtverband des Gesamtvereins deutscher Metallarbeiter erbringt in der Maßnahme des Verbandes deutscher Metallindustrieller einen Beitrag gegen bestehende Tarifverträge. Der gegenwärtige Kampf in Westdeutschland umfasst ein fest bestimmtes Tarifgebiet und besteht in dem Kampfe um die Abschaffung der tariflichen Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Diese Unternehmerrme niederlagern. Die Niederringung der immer frecher aufsteigenden Tarifkapitalisten ist Sache der Arbeiterklasse und des revolutionären Klassenkampfes.

lung zu tragen haben. Die von der Ausperrung betroffenen Mitglieder des Gesamtvereins werden in der Vertretung ihrer Rechte die volle Unterstützung erfahren.“

Die Unternehmer werden sich aus solchen papierenen Erklärungen herzlich wenig machen, sondern rücksichtslos weiter vorwärtigen und die heillosen Arbeiterklasse um die längst fälligen Lohnsteigerungen und die notwendige Arbeitszeitverkürzung bringen, wenn die Arbeiterklasse nicht die mitteldeutschen Metallarbeiterkraft auf die lebenswichtigen Industriezweige verbreitert und im ganzen Reich umlaufende finanzielle und organisatorische Maßnahmen zum Gegenstand trifft und durch Massen demonstrationen und Protestversammlungen alle Werkstätten zum Kampfe gegen das Tarifkapital mobilisiert.

Die Metallarbeiter kampfbereit

(Eig. Drahtf.) Berlin, 14. Februar.

Die SPD-Bezirksleitung von Berlin-Brandenburg ruft die gesamte Berliner Arbeiterklasse angesichts der drohenden Gesamtausperrung aller Metallarbeiter zu einer großzügigen Sammelaktion auf die Rufen der SPD, für die mitteldeutschen streikenden Metallarbeiter an.

Einige Betriebe, n. a. die Werkzeugfabrik der Firma Fohr & Co., haben bereits zur Situation Stellung und forderten von der Be-

Das Schulgesetz gescheitert

Vor dem Bruch des Bürgerblods?

(Eig. Meld.) Berlin, 15. Februar.

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am Mittwoch in Gegenwart der Minister Rudekell und Herzog im Reichstag wieder zusammen.

Wie das SPD-Bureau hier, erwartet man, daß die Verhandlungen heute zu Ende geführt werden können, da es sich im wesentlichen bei der Unentschiedenheit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien nur noch um die Feststellung handeln dürfte, daß die Kompromißverhandlungen über das Schulgesetz ergebnislos geblieben sind. Am 10.30 Uhr wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt und der Ausschuss ging auseinander. Wie das SPD-Bureau weiter mitteilt, wurde in der Sitzung ausdrücklich festgestellt, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvor schläge gemacht worden seien und daß die Verhandlungen über das Schulgesetz als gescheitert zu betrachten seien. Für 11 Uhr ist eine Besprechung der Mitglieder des Reichstages mit den Führern der Regierungsparteien über die politischen Folgen des Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz in Aussicht genommen.

Zur Krise des Bürgerblods

(Eig. Meld.) Berlin, 14. Februar.

Die heutigen Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses für die Bürgerblodsaktion zur Vertagung der Regierungsratsitzung sind gänzlich wieder ergebnislos verlaufen.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt darüber:

„Man hat den Eindruck, daß die Besprechungen jetzt nur noch geführt werden, um über die Aussichtslosigkeit des Schul-

rausführung des SPD, energische Kampfmaßnahmen und Auffüllung einheitlicher Forderungen für alle Metallarbeiter Deutschlands, und zwar den 14. und 15. Februar und 25 Prozent Lohnerhöhung, Durchführung einer großzügigen Massenmobilisation aller Metallarbeiter, Ablehnung von öffentlichen Kundgebungen und großartige Werbekampagne für den Eintritt in den SPD, Beschleunigung der sofortigen Zusammenkunft des Bundesauschusses des DGB, um die gesamten Gewerkschaften gegen die Ausperrungspläne der Unternehmer zu mobilisieren. Die Delegierten wandten sich auch sehr lebhaft gegen die Seite des DGB gegenüber der Unterfraktionierung der Kommunistischen Partei in den Parlamenten um, für die Streikenden.“

Striemer und Noerpel

verlappte Kalkülen des Unternehmertums

Der langjährige Wortführer der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Dr. Striemer, war ein solcher Kalkül des Unternehmertums, daß er direkt aus dem DGB, in den Dienst des Großindustriellen Borkh ohne Zwischenstation hinübergehen konnte. Der Nachfolger Striemers — Clemens Noerpel — hat selbst bemerkt:

„Ich konnte es nicht verhindern, daß ich durch die Verhältnisse in eine zweifelhafte Lage gedrängt wurde.“

Auf dem Leipziger Gewerkschaftstongress hat derselbe Noerpel, entgegen allen Rednern, bestritten, daß das Unternehmertum das Betriebsrätegesetz labortiert.

Arbeiter! Gebt bei den Betriebsrätemahlen keine einzige Stimme den verlappten Kalkülen des Unternehmertums!

gegebenenwurfes zu einem klaren Beschluß zu kommen. Die Fraktionsvertreter werden in derselben Zusammenkunft morgen vormittag um 10 Uhr wieder zusammenzutreten. Man rechnet damit, daß im Laufe des morgigen Vormittags dann die Aussichtslosigkeit des Schulgesetzentwurfes nach allgemeiner Uebereinstimmung festgestellt wird. Dann wird sich dann erst die Erörterung der allgemeinen politischen Fragen anknüpfen.“

Der „Lokal-Anzeiger“ erklärt ebenfalls:

„Für den heutigen Abend ist vereinbart mit Rücksicht auf den parlamentarischen Bierabend, den der Reichspräsident gibt.“

Die Verhandlungen über das Schulgesetz werden mit dem Ergebnis der heutigen interfraktionellen Beratungen also so gut wie gescheitert angesehen. Der Ausschuss dürfte morgen im wesentlichen nur das eine zu tun haben, festzustellen, daß man sich nicht hat einigen können.“

„Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ oratein in ihrer bekannten fleißigen Weise über den maßlos gewöhnlichen Wahlerfolg. So behauptet das „Tageblatt“: „Inzwischen gewinnt die Ansicht, daß die Neuwahlen zum Reichstag in der ersten Wahlhälfte stattfinden werden, immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Auch der Reichspräsident soll sich allmählich, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, mit diesem Gedanken vertraut gemacht haben.“

Zum heftigsten Staatspräsidenten wurde in der gestrigen Landtagsitzung der Bürgerblodsaktion, Bildung/Manig gegen die fünf kommunistischen Stimmen gewährt. Redung ist Sozialdemokrat.

In der nächsten Regierung ist eine Krise ausgebrochen, die ihre Ursachen in Differenzen zwischen der Aufwertungs- und Wirtschaftspartei hat.

Die SPD. stützt die Unternehmertaktik

Verrat des Kampfes der Berliner Werkzeugmacher

Die am Montag stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen für die Berliner Werkzeugmacher sind gescheitert und der Beschluß des Reichstages entsprechend der Forderung der Metallindustriellen, daß nur noch betriebsmäßig verhandelt werden darf, die Reformisten haben sich, wie aus dem „Vorwärts“ zu entnehmen ist, dieser Unternehmerrforderung taktlos gefügt. Die Disziplinierung des SPD, wird „in den nächsten Tagen“ eine Vertrauensmännerkonferenz abhalten, auf der Bericht erstattet werden soll, inwieweit die einzelnen Unternehmer geneigt sind, den Forderungen der Metallarbeiter in den einzelnen Betrieben nachzukommen. Der Abend-„Vorwärts“ schweigt zu der Lage im Werkzeugmacher-Konflikt.

Die Berliner Reformisten sind also fast entschlossen, wie bisher auch weiter den Willen der gesamten Werkzeugmacher mit Füßen zu trampeln. Die Werkzeugmacher haben befanntlich in einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit betrieb-

weise Verhandlungen abgelehnt und den Streik gefordert, nachdem vorher bereits eine Funktionärkonferenz den gleichen Beschluß gefaßt hatte. Auf einer parteilichen Funktionärkonferenz wurde die Abstimmung über sofortige Proklamierung des Streikes durch einen Vertreter des Hauptverbandes brutal verhindert und nunmehr werden die Werkzeugmacher durch die Reformisten einfach zu betriebsweisen Verhandlungen gezwungen. Damit wird der bewußten Zerpflikerungstaktik der Unternehmerr von den Sozialdemokraten Vorschub geleistet. Es paßt ganz in diese Linie, daß aus dem heutigen Abend-„Vorwärts“ der starke Wunsch nach dem Eingreifen des Arbeitsministers Brauns im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf zum Ausdruck kommt und daß auch nicht ein Wort über die notwendigen Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse gesagt wird.

Eine Konferenz des Fabrikarbeiterverbandes,

die in Köln stattfand, beschloß die örtlichen Tarifkommissionen der einzelnen Sektoren zu beauftragen, unerzüglich die Tarifkommissionen zusammenzurufen und die Kündigung der Lohnverträge auf die Tagesordnung zu setzen. In Betracht kommen die Sektoren von Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Köln-Stadt und Land, Elberfeld, Essen, Hamburg und Mitteldeutschland. Zugelassen sind in diesen Sektoren über 100 000 Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt.

Die Christlichen Gewerkschaften haben sich dem Vorgehen der Freien Gewerkschaften angeschlossen.

Die Streiffrage im nordwestdeutschen Braunkohlegebiet ist unverändert. Die Stimmung ist zufriedenstellend.

In Hamburg haben die Walfischen beschlossen, ihre Kandidaten der Liste der Deutschnationalen einzusetzen und auf die Aufstellung einer eigenen Liste zu verzichten.

Der aus dem Schlageter-Prozess bekannte französische Kriminalbeamte Müller, der die Freunde des Schlageters Götz und Schneider als diejenigen angegeben hat, die Schlageter an die Franzosen verzeuerten haben, ist vom französischen Kriegsgericht zu lebenslänglicher Gefängnis in Alençon verurteilt worden.

Im Unterhaus gab die Regierung amtlich bekannt, daß die von den Verhandlungspartnern in Schanghai verhandelten Ausgaben bis zum 1. März d. J. 4 100 000 Pfund Sterling erreichen werden.

Die Sowjetregierung hat dem Generalkonferenz des Arbeiterbundes soeben mitgeteilt, sie sei an einer Beteiligung russischer Staatsbürger an Konfultativen Wirtschaftskomitees nicht interessiert.

Das amerikanische Marineprogramm stellt u. a. den Bau von 25 1-ern vor, der unter allen Umständen durchgeführt werden soll. Der Kongress soll nur einen Teil der geforderten Mittel bewilligen.

FÜR DIE PROLETARISCHE SOLIDARITÄT

„Proletarische Solidarität ist aktive Solidarität! Werdet heifende Mitlieder der Internationalen Arbeiterhilfe!“ Prof. Alfons Goldschmidt

Für die Einheitsfront!

„Für die internationale proletarische Solidarität“, das ist das Leitmotiv für die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe, das Leitmotiv auch für die Werbe- und Sammelkampagne, die sie in der Zeit vom 1.-15. Februar in ganz Deutschland durchführt.

Was ist daran wahr?

Es steht fest, daß die Gewerkschaften die Rechte aller Hand- und Kopfarbeiter als Produzenten vertreten und darüber hinaus ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern haben. Die Partei vertritt die politischen Interessen aller Schaffenden, und als dritte Säule gilt die Genossenschaft, die den Hand- und Kopfarbeiter

heißt den Bürgerlichen das Feld restlos überlassen. Und dem Gegner der Arbeiterklasse das Feld überlassen, bedeutet wahrhaft die Zersplitterung fördern. Daß wir nur wirklich notwendige proletarische Organisationen dulden, ist selbstverständlich. Die Zusammenfassung größerer Massen in proletarischen Nebenorganisationen die wohl getrennte Wege marschieren, letzten Endes aber mit der Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften vereint den Gegner schlagen, ist notwendig. Die proletarischen Hilfsorganisationen verstärken die Schlagkraft des Proletariats. Eine solche notwendige proletarische Hilfsorganisation ist die IAH.

Die IAH hat ihre besonderen Aufgaben

Bei Streiks, Aussperrungen, bei der Unterstützung der Kinder Aussperrter finden sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zusammen, um gemeinsame Solidarität zu plizieren. Solidarität ist die Brücke, über die die parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zu gemeinsamen Zielen, zur Verstärkung der Kampffront aller Werktätigen marschieren.

Solidarität ist keine Wohltätigkeit

Es gibt noch eine große Einflußsphäre der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist auf dem Gebiete der allgemeinen Wohltätigkeit. Hier will man durch Almosengeben erreichen, daß die einzelnen in Not geratenen Proletarier abgeholfen werden, ihren Kampf selbst aufzunehmen. Man gibt Almosen um sich vom Schlimmsten zu bewahren, zu behüten, aber andererseits stehen die Träger der gesamten bürgerlichen Wohlfahrt im der Arbeiterklasse feindlichen Lager, d. h. sie bekämpfen die Verbesserung und Forderungen, die die Werktätigen anstreben.

Die IAH fördert die Einheitsfront!

Internationale proletarische Solidarität bringt Stärkung den Kämpfenden, faßt die Kämpfenden der verschiedenen Parteigruppierungen zusammen, stellt also eine einheitliche Front zum mindesten auf diesem Gebiete her.

Hier ein großer Kampf gewonnen.

bedeutet dort den Sieg erleichtern. Eine verlorenere Schlacht wirkt auch bei den nicht Beteiligten lähmend. Wenn der eine Flügel der Armee geschlagen wird, kommt auch der andere in Gefahr, geschlagen zu werden. Zwei Klassen stehen sich gegenüber. Zwei Weltanschauungen ringen miteinander.

Hier Sozialismus — dort Kapitalismus!

Anderer Grenzen gibt es nicht. Das gilt für alle Hand- und Kopfarbeiter. Die Kapitalisten sind international verbunden, verständigen sich

international, verbinden sich zu gemeinsamer Aktion, besetzen die Kolonien und der eigenen proletarischen Massen.

Die proletarische Klasse marschier

und kämpft heute nicht geschlossen, aber jede Unterstützung von Streikenden, Genossengelen, notleidenden Klassenkämpfern bedeutet eine Stärkung des kämpfenden Flügels der proletarischen Armee. Und je größer dieser Flügel wird, je breiter die Front aufgebaut werden kann, die Mobilisierung aktiver Solidarität, desto näher die Verwirklichung der Ziele.

Je größer die Front der proletarischen Solidarität,

desto stärker die Förderung der Einheitsfront, desto größer die Förderung des einheitlichen Kampfes.

Internationale proletarische Solidarität hilft die Welt befreien. Das ist die Parole, unter der die IAH kämpft.

Werdet Mitglied der IAH. — und ihr kämpft gegen Zersplitterung.

Lebt gemeinsam mit uns Solidarität für alle Bestrebungen, die zur Befreiung des Proletariats aller Hand- und Kopfarbeiter führen.

Die IAH hilft den Kindern

Werbewoche der IAH vom 1.-15. Februar

In seinen wirtschaftlichen Kämpfen, zu Zeiten langer Erwerbslosigkeit muß der Arbeiter von seiner Sorge um das Schicksal seiner Kinder entbunden sein, wenn seine Kampfergie nicht erlahmen soll. Die Sorge um das körperliche Werden seines Kindes hemmt den Kämpfenden auszuharren. Die Internationale Arbeiterhilfe, die Organisation der praktischen Solidarität aller klassenbewußten Schaffenden, versucht diese Hemmnisse auszuschalten, indem sie sich in erster Linie der Kinder annimmt. Sie richtet Kinderheime und Speisestellen ein, sie versorgt Kinder und Erwachsene mit Lebensmitteln, Bekleidung und Wäsche, sie schickt die Kinder auf Wochen und Monate in ihre eigenen Ferienheime, schickt sie aus dem Kampfgebiet zu Freunden auf das Land und in die Städte anderer, nicht von der unmittelbaren Not erfaßter Gebiete und Länder.

Zehntausenden wird geholfen!

Eine gewaltige Arbeit hat die IAH, in den sechs Jahren ihres Bestehens für die proletarischen Kinder geleistet. In den schlimmsten Wintermonaten des Winters 1923-24 versorgte sie in Deutschland allein täglich über 13 000 Kinder mit warmer Mittagsspeisung und mit einem Nachmittagstrank. Viele Tageskinderheime in fast allen Bezirken Deutschlands wurden schon damals von der IAH geschaffen. Im



Gegen die Zersplitterung!

Willi Münzenberg, M. d. R.

„Die IAH kämpfte in der Vergangenheit gegen den Hunger, in der Gegenwart gegen die Verelendung durch die kapitalistische Rationalisierung und wirkt durch ihre Kinderhilfe für eine sozialistische Zukunft.“

Dr. Max Hodann, Stadtrat

„Große überparteiliche Organisationen bieten den Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterschaft. Der Mahnruf: Solidarität und Einheitsfront! ist die Axt, die überparteilichen Internationalen Arbeiterhilfe. Darum hinein in die IAH!“

Werdet Mitglieder der IAH.

als Konsumenten gegen Ueberverteilung beim Einkauf für den täglichen Bedarf zu schützen hat. Leider gibt es auf diesem für die kämpfende Arbeiterschaft wichtigsten Gebiet eine Zersplitterung, und zwar tritt sie am unheilvollsten darin zutage, daß die Arbeiterschaft keine einheitliche Klassenfront bildet. Im Hinblick auf ihre Weltanschauung ist die Arbeiterschaft organisatorisch zersplittert. Parteipolitik ist das Proletariat organisiert in verschiedenen Parteien, wirtschaftlich in verschiedenen Gewerkschaften. Also kein einheitlicher Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Diese Zersplitterung ist selbstverständlich ein großes Hemmnis für das Proletariat.

Bedeutung der Hilfsorganisationen des Proletariats eine Zersplitterung?

Tatsache ist, daß neben den drei Säulen der Arbeiterbewegung — Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft — sehr viele Nebenorganisationen bestehen, wie z. B. Sportvereinigungen, Freizeitsportvereine, Schachvereine, Mieterorganisationen, Rot Front, Rote Hilfe usw. Der Mensch betätigt sich nicht nur auf dem politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gebiet, sondern er hat noch andere persönliche Interessen. So gibt es besondere Gebiete, die weder in der Partei, noch in der Gewerkschaft, noch in der Genossenschaft ihre Erlidung finden. Wie eben die Betreibungen von Sport, Schachspiel und anderen kulturellen wie unterhaltenden Beschäftigungen.

Man kann also feststellen, daß diese verschiedenen Vereinigungen Kreise mit bestimmten Interessen zusammenfassen. Diese Zusammenfassung bedeutet nur dann eine Zersplitterung, wenn sie ablenkt von den wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Proletariats.

Wie macht es der Gegner?

Neben seinen politischen Parteien und seinen christlichen Gewerkschaften hat er nicht umsonst eine Unmenge von Vereinen und Vereinen, die er bewußt als Ablenkung von den Tagesforderungen und vom Klassenkampf begünstigt und gründet. Ueber 40 000 nicht-proletarische Vereine gibt es in Deutschland. 13 000 bürgerliche Sportvereine, 9000 ebensolche Turnvereine, 5000 bürgerliche Fußballklubs, 8000 Schützenvereine, 1200 Touristenvereine, 800 Kegellubs, 1250 Gefäß- und Vozelzuchtvereine und viele mehr.

Was sagt uns diese Aufstellung?

Diese insumat über 40 000 Vereine sind die Sammelbecken bürgerlicher Auffassung und schnellbar neutralem Charakter. Neutral heißt hier, sich auf den Boden der heutigen Tatsachen stellen, sich mit ihnen abfinden, d. h. die heutigen bestehenden Verhältnisse stützen.

Was müssen wir dagegen tun?

Für die nun einmal vorhandenen Bedürfnisse des Menschen, was Sport, Unterhaltung und andere kulturelle Fragen anbetrifft, proletarische Organisationen rundweg ablehnen.



Ein „christlicher“ Erzieher

In einem der Heime des Dresdener christlichen Magdalenen-Hilfsvereins sind, wie fast überall in solchen christlichen Heimen, von Seiten des städtischen Jugendamtes pflegebedürftige Mädchen untergebracht. Ein dort interniertes Mädchen hat nun ein ganz besonderes schwarzes „Verbrechen“ begangen, indem sie einer Altersgenossin — einen Kuß gab! Diese „Tat“ eines geschlechtsreifen Mädchens dürfte nach Ansicht seiner christlichen Erzieher nicht ungesühnt bleiben. Das Mädchen wurde dem Anstaltsdirektor, dem Pfarrer Hickmann, vorgeführt. Der „Ehrwürdige“ führt es in ein Zimmer und befiehlt ihm, sich über einen Stuhl zu legen und die Röcke hochzuziehen. Das Mädchen weigert sich, da greift der „Vater“ selbst ein, zwingt das Mädchen auf den Stuhl, hebt seine Kleider hoch und verabfolgt ihm mit einem Stock sechs Schläge auf das Gesäß. Mit jedem Schläge verbindet der „Vater“ (der für einen Kuß straft), die Phrasen: „Mädchen, ob es sich schuldig fühlte, an das Mädchen mit „ih“ beantwortet wurde. In der Anstalt selbst wird das Mädchen von den anderen isoliert und muß in einer Ecke Platz nehmen. Urlaubsbesuche der von Edeleuten nicht wissenden Eltern wurden abgelehnt, beschneiden und erst nach vier Wochen erfährt die Mutter des Mädchens von allem.

bisher muß diese Tätigkeit darum in Angriff genommen werden. Die Internationale Arbeiterhilfe ist hervorragend auf diesem Gebiet sozial-politischer Arbeit tätig. Wenn ihre Tätigkeit



verfolkerlich sein soll, muß sie die Unterstützung durch alle Arbeiter finden. Mitglied in ihren Reihen sein, heißt dem Klassengegner wichtige Positionen aus der Hand schlagen helfen.

Und die Behörden?

So großzügig die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe für die proletarischen Kinder ist, so gering ist aber die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit durch die staatlichen und kommunalen Behörden. Nicht ganz 42 000 M., und im Jahre 1927 von Seiten dieser Institutionen der IAH zur Verfügung gestellt worden, dazu kommen etwa 9500 M., die Landesversicherung, Krankenkassen und die Württembergische Zentralstelle für Kinderspeisung der IAH überwiesen. Durch öffentliche von der sächsischen Regierung genehmigte Sammlungen konnten rund 25 000 M. aufgebracht werden. Der bürgerliche Staat hat kein Geld für die wichtige Kinderarbeit der IAH, dafür aber überreichliche Mittel für die Rüstungen zu neuen imperialistischen Feldzügen. Die Vertreter der Arbeiterschaft in den einzelnen Staats-, Länder- und Gemeindepalamenten müssen darum mehr als je zuvor eine stärkere Unterstützung dieser Kinderhilfearbeit der IAH durch die Behörden kategorisch fordern.

Die Kinderhilfe der IAH ist wichtig!

Die Kinderhilfearbeit der IAH ist von wichtiger Bedeutung. Ihre Aufgabe ist, den Arbeiterkindern, die bewußte Mitkämpfer für die proletarische Bewegung werden sollten, Hilfe angeheihen zu lassen. Diese Hilfe für die Kinder ist keine Kinderfürsorge, wie das Bürgertum sie betreibt, das mit Brot, das es dem Kinde reicht, zugleich seine Seele fangen will. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versucht die bürgerliche Gesellschaft den Geist des proletarischen Kindes im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Die IAH versucht mit ihrer Kinderhilfe diesen Einfluß zu einem Teil unwirksam zu machen.

Die IAH veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 im ganzen Reich eine Werbe- und Sammelkampagne. Die tatkräftige Unterstützung derselben die eifrige Mitarbeit und Sammlung für den Kinderhilfsfonds ist eine notwendige Verpflichtung für jede Arbeiterfrau. Nähere Angaben über den Umfang der Kinderhilfearbeit der IAH enthält die vom Reichsverband „Verein der Arbeiter“ herausgegebene Broschüre „Sollten die Kinder die Opfer sein?“, die bei allen Funktionen der IAH zum Preise von 10 Pfg. zu erhalten ist.



den Betrieben

Eisenbahner, treffen organisatorische Kampf-vorbereitungen!

Wie wir bereits gestern mitteilen konnten, nahm die am vergangenen Sonntag tagende Jahresvertreterversammlung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Stellung zur Kündigung des Lohnabkommens und legte ihren Willen, sich mit allen Mitteln für ihre Forderungen einzusetzen, in nachfolgender Resolution nieder:

„Die am 12. Februar 1928 tagende Jahresvertreterversammlung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nimmt Stellung zur misslichen Lage der Eisenbahner. Diefelbe hat sich von Monat zu Monat verschärft. In der heutigen Eisenbahnerarbeit ist ohne Ausnahme harter verschuldet ist. Reichen doch die von der Reichsbahnverwaltung gewährten Hungerlöhne, besonders in den unteren Lohngruppen, nicht im entferntesten zur Bekämpfung der allernotwendigsten Ausgaben. Hunger und Elend sind tägliche Gäste der Eisenbahner, die weitere Folge eine starke Steigerung der Krankheiten und Unfälle sind. Selbstverständlich ist es weiterhin, daß bei hungerigen Mägen die Arbeitsproduktivität nachlassen muß, wodurch eine

Starke Gefährdung der Verkehrssicherheit bedingt ist.

Die Versammlung begrüßt daher den einstimmigen Beschluß des Vorstandes, die Lohnparagrafen zum 29. Februar zu kündigen, um den Eisenbahner einen ihren Leistungen entsprechenden Lohn zu sichern, mit besonderer Genehmigung.

Die Versammlung ist sich wohl darüber klar, daß die Erzielung eines auskömmlichen Lohnes, besonders für die unteren Lohngruppen, bei der Einstellung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahnverwaltung nur durch härtesten Kampf zu erzielen ist. Sie geloben daher, alle Vorbereitungen zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes zu treffen.

Ihre Lösung ist:
„Erkämpfung einer menschenwürdigen Entlohnung mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln.“

Die Eisenbahner dürfen sich nicht nur mit der Annahme vorübergehender Resolution zufriedengeben, sondern sie müssen, wie sie auch selbst zum Ausdruck bringen, schon jetzt alle notwendigen Kampfparagrafen treffen. Dazu gehört u. a. die sofortige Aufnahme der Verbindung mit den anderen Dienststellen, damit nicht wiederum nur Halle allein seinem Kampfwillen Ausdruck gibt, sondern damit die gesamten Eisenbahner mobilisiert werden. Eine wirksame erfolgreiche Mobilisation ist wiederum dann am besten möglich, wenn sie auf Grund von festumrissenen Forderungen zu einem Zusammenkommen führt. Unter dem Begriff „auskömmlicher Lohn“ kann sich viel verstanden werden und die Reichsbahn M.G. wird wohl behaupten und es auch zu beweisen suchen, daß bereits der jetzige Lohn auskömmlich ist. Die Betriebsräte müssen deshalb miteinander in Verbindung treten, die jetzt getragenen Löhne berechnen und dann entsprechend den Erfordernissen der proletarischen Lebenshaltung die notwendigen Forderungen aufstellen. Dabei ist aber mit aller Entschiedenheit die Einführung von sogenannten Leistungslöhnen, wie sie in verletzter Form in der Resolution angedeutet werden, abzulehnen. Die Eisenbahner müssen tagtäglich am eigenen Leibe den Fluch des Geldmangels fühlen. Soll diese Ausbeutung durch Leistungslohn noch weiter verschärft werden? Nur durch härtesten Kampf werden die Eisenbahner, genau wie alle anderen Arbeitergruppen, ihre Forderungen durchzusetzen in der Lage sein. Deshalb ist dieser Kampf vorzubereiten, jeder Eisenbahner hat sich dem Einheitsverband anzuschließen. In den Betrieben selbst bereits heute die organisatorischen Stützpunkte einer erfolgreichen Bewegung geschaffen werden.

„Erkämpfung einer menschenwürdigen Entlohnung mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln.“

Organisiert Euch im Metallarbeiterverband

Mit Euch können die Kollegen der Firma Weisse Söhne in die hiesige Streikbewegung hineinbeziehen, obwohl die Firma so manches verlangt hat, Arbeiter zu finden. Da sie sehr mit Aufträgen belastet ist, stehen die Kollegen treu zur Forderung:

15 Pfennig und nicht weniger.

Kollegen, wo weiter, dann wird auch der Sieg unser sein. Mit einigen Streikbrechern und Lehrlingen kommen sie nicht weit. Ihre Produktion an Fertigwaren verursacht ihnen nur Unlust. So hat die Firma es fertiggebracht, ihre Modelle, obwohl einige Tische stehen geblieben sind, nach auswärts zu vergeben, sogar ihre Pumpen läßt sie auswärts anfertigen. Aber es wird ihr nicht gelingen, das Gesehene zu bekommen, was sie in Auftrag gegeben hat.

Deshalb, Kollegen, Kopf oben und Mut gefaßt, kämpft mit Euren Kollegen Schulter an Schulter. So geschlossen wie wir den Betrieb am 16. Januar verlassen haben, in den Streik getreten sind, nur so geschlossen, wenn unsere Forderungen erfüllt, gehen wir wieder hinein und nicht anders.

Aber den unorganisierten Kollegen rufen wir zu:
Werdet alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Ihr seht, um was es geht. Die namentliche Liste der Streikbrecher wird in den kommenden Tagen veröffentlicht werden.

Mehrere Kollegen von Weisse Söhne.

Ammendorfer Papierfabrik für streikende Metallarbeiter

In der vergangenen Woche fanden vier Betriebsratsversammlungen der Ammendorfer Papierfabrik statt, die insgesamt von 250 Kollegen besucht waren, von denen der Gemalte Knöpfel über die Bedeutung des metallischen Metallarbeiterverbandes sprach. Die Stimmung der Versammlungen, die Empörung über das verärrliche Verhalten der Reformisten in der Unterfertigungsrate, der Wille, den Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen, fanden seinen Niederschlag in einer Resolution, die gegen acht Stimmen angenommen wurde.

Wird das Baugewerbe im Jahre 1928 in einen Lohn- und Arbeitszeitkampf verwickelt?

Die Unternehmer des Baugewerbes verlangen längere Arbeitszeit

H.F. Im Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe ist die Frage der Regelung der Arbeitszeit frei gelassen. Im § 3 des Vertrages heißt es in Ziffer 1: „Die vertragstiftenden Organisationen verpflichten sich, nach gegenseitiger Neuordnung der Verhandlungen über die Arbeitszeit im Baugewerbe einzutreten.“ An diesem Paragraphen ist das wichtigste das, was nicht darin steht. Die Verhandlungen vor Jahresfrist hatten in der Frage der Arbeitszeit den allerbesten Raum eingenommen. Die Unternehmer behaupten daraus, daß im Jahre mindestens 400 Stunden als Arbeitszeit für das Baugewerbe festgelegt werden müssen. Sie weisen hin auf das Wohnkriegerabkommen, dessen Artikel 5 auch auf das Baugewerbe anzuwenden sei. Die Arbeitervertreter haben sich gegen diese Auffassung fruchtlos zur Wehr gesetzt und zu versetzen gegeben, daß für die baugewerblichen Arbeiter keine Ausnahme gebildet wird und es bei dem Achtstundentag zu bleiben hat. Die Unternehmer mochten dann den Vorschlag: Bis zur gegenseitigen Neuordnung der Arbeitszeit verbleibt es bei der bisherigen Regelung, die Betriebe haben eine Tabelle über Beginn und Ende der Arbeitszeit anzufertigen und im übrigen soll man verhandelt werden, wenn das Gesetz vorliegt. Dieser Vorschlag war außerordentlich raffiniert angelegt und hatte einen doppelten Sinn, der nimmte ganz augenscheinlich disturiert werden soll.

Nachdem der Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe abgeschlossen wurde, wurden auch sofort die Lohn- und Arbeitszeitfrage verhandelt. Hier zeigte es sich schon, daß die baugewerblichen Arbeiter, die in einer längeren Arbeitszeit in verschiedenen Betrieben. In den allermeisten Betrieben hatte es in der Frage der Arbeitszeit bislang keinerlei Anstöße gegeben. Der Achtstundentag war anerkannt und auch eingehalten worden. Deswegen war es nicht nur möglich, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die Arbeitszeit wie bisher in den Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen. Dagegen gerieten sich in den wichtigsten Betrieben die Unternehmerverbände mit dem Resultat, daß die Arbeitszeit der Lohn- und Arbeitszeit ganz beträchtlich vergrößert wurde. Die Unternehmerverbände wollten also jegliche Verbesserungen in den Betrieben unterbinden. Das Arbeitszeitgesetz

Streikbrecher und Lehrlingshändler

Bei der Firma A. O. G. D. H. n. arbeiten rund 40 Mann. Inmalen, Kriegsheiligkeit und alte Leute. Es sind aber auch junge Leute darunter, die auf alle Fälle mitstreiten müssen. Nun, diese Elemente werden ihren wohlverdienten „Lohn“ noch bekommen. „Brotarbeiter“ Otto W. a. l. d. „Obermeister“ Richard H. n. e. und „Ingenieur“ H. d. e. n. e. sind ebenfalls mitstreitend. Nur die alle anderen Angestellten muß es gelogen sein, daß sie Streikarbeit ablehnen. Mäßen, Henze und Jürgens müssen Streikarbeit leisten, weil sie es nicht verstanden haben, „Geld“ in ihrer Abteilung zu züchten. Dafür haben diese Herren einen anderen Vorzug, nämlich den Lehrlinge zu schänden und zu verprügeln. So hat sich folgendes zugezogen: Daß der letzte Betriebsratsversammlung wurden sämtliche Lehrlinge dem D.M.B. bei.

Das mürmt die Herren gar sehr. Man hätte lieber gesehen, sie hätten sich vom Ingenieur aus (Gale-Marine anwerben lassen). Da man nicht antworten konnte, ludte man einen Grund und diesen fand man auch. Jemand hatte dem selben, Vaterland und Streikbrecher Horn Werkzeug mit Stauferzeit beheimlicht. Als die Herren dies erfuhrten, kommt „Daniel aus der Löwengrube“, genannt der „Ganze“, um die Lehrlinge zu trösten, was ja nun wieder eine besondere Spezialität von Mäßen ist. Die Lehrlinge wandten sich nun beschwerend an den Angestelltenrat, welcher diese Angelegenheit untersuchte. Die drei „Herren“ wollten ihm dies verweigern, jedoch der Angestelltenrat vertritt die Interessen der Lehrlinge und gab diesen Reklamationen die gebührende Antwort, worauf sie schmeichelehaft abgaben. So, Ihr Streikbrecher und Speichelfeder des Kapitals, Ihr denkt, wenn die ermahnten Arbeiter nicht im Betriebe sind, dann könnt Ihr

Schafft Vertrauen untereinander

A. R. Schon des Herren haben Witterfelder Arbeiter die Unterstützung erbracht. Mitteilung 9 ist die Goldgrube für die Herren Aktionäre und ihre höheren Herren Salaten, die Giftstoffe für jene, die da schlichten. „Hohe“ Gesundheitskommissionen werden angeordnet, gefehlt wird Tag und Nacht dort, wo man sie hinbringen will. Nun, wenn die Arbeiter, wie lange wollen Sie für Eure Eitelkeit, für Eure Familie Geld verdienen? Seid Ihr gemittelt, in jungen Jahren die öffentliche Armenfürsorge in Anspruch zu nehmen oder wollt Ihr kämpfen für Arbeitsstätten, wo der Arbeiter steht, doch seine Gesundheit gefährdet ist? Der Doktor mit Schürze, Gasmaske und Kleinflecken, der dann schreit, was zum Zimmerleuten, seine Kunde hat. Aber was sagen die Schmelzer oder anderen Arbeiter, die bei ihrer Arbeit putzen? Das verstehen jene nicht, trotz ihres klugen Geredes. Also, Chemiarbeiter, Ihr habt die Macht, wenn Ihr Euch organisiert.

Tretet deshalb ein in den Fabrikarbeiterverband

und kämpft für höhere Löhne! In Eurem Bau tretet für den Sechstundentag ein. Laßt durch Eure harte Organisation den Herren Ausbeutern sagen, daß notwendig ist: Schaffung von Arbeitsstätten für Menschen, denn in den jetzigen hat es kein Recht aus.

Den Arbeitstollen der auswärtigen Firmen möchten wir sagen: Weg mit dem Überstundenwesen! Schafft das Vertrauen zum Verband! Wir stehen vor Kämpfen, da brauchen wir das Vertrauen unter uns.

gefes befriedigte sie in keiner Weise und, nachdem noch nicht alle Lohn- und Arbeitskräfte abgeschlossen waren, unternahmen sie beim Reichsarbeitsminister den ersten Antrag, um diesen für ihre Klagen einzufangen. Der laute Ruf im Streit um die Arbeitszeit ist wie immer der Beton- und Tiefbauarbeiterverband. In einem Werkstat, welches diese Organisation im September 1927 bereit herausgab, heißt es unter anderem: Eine tatsächliche Vereinbarung über anderweitige Regelung der Arbeitszeit ist weder jetzt noch befristet zustande gekommen. Wegen der beharrlichen Genehmigung schwebt ein Antrag der zentralen Arbeiterverbände an das Reichsarbeitsministerium, in dem eine neue Stunde während der Bauaktion gefordert wird. Die Genehmigung ist bisher nicht erteilt, der Reichsarbeitsminister habe auf nochmalige Verhandlungen und zwar fertigt, verzweilen. Das Werkstat behandelt dann noch weitere Gesichtspunkte aus der Arbeitszeitordnung und die Tendenz ist ganz offensichtlich auf eine

Verlängerung der Arbeitszeit gerichtet. Nachdem die Unternehmer bei dem Reichsarbeitsminister auf Grund ihrer Eingabe vom 2. Juni 1927 keinen Erfolg hatten, wandten sie sich an das Haupttarifamt. Dieses sollte die Entscheidung Nr. 45: „Das Arbeitszeitgesetz ist keine gesetzliche Neuordnung im Sinne des § 3 Ziffer 1 des Reichsarbeitsvertrages. Die Unternehmer haben auf Grund dieser Entscheidung dann abermals den Reichsarbeitsminister interpelliert und wieder hat dann dem drängen insoweit nachgegeben, daß mit Schreiben vom 9. Oktober darüber Mitteilung gemacht wurde, daß der Verbleibendigkeit der Verhältnisse halber diese Angelegenheit an die Landesregierungen verwiesen worden sei. In einigen Bezirken war aber doch, trotz der großen Gegenwehr der Unternehmer, die Arbeitszeit im Lohn- und Arbeitsrat festgelegt. Die Zentralstelle der Unternehmer hatte daraufhin ebenfalls beim Haupttarifamt Einspruch erhoben, weil die Unternehmerorganisationen im Bezirk eine freiwillige Regelung der Arbeitszeit vorgenommen hätten. Das Haupttarifamt mußte den Unternehmern klarmachen, daß eine freiwillige Vereinbarung der Arbeitszeit nach dem bisherigen Stande nicht verboten ist, und zwar insbesondere durch die protokolllarischen Erläuterungen der Vertragsparteien vom 30. März 1927.

Die Argumentationen, die Arbeitszeit im Baugewerbe unter allen Umständen zu verlängern, war es mittlerweile durch die nicht verhältnisse bei Eintreten des Winters den Unternehmern nicht mehr möglich, im Jahre 1927 ihren Willen durchzusetzen. Nachdem nunmehr die Arbeitszeitfrage wieder besser werden können, mußten die Unternehmer auch schon wieder und in einer Zeit, wo das wirtschaftspolitisch-baugewerbliche Barometer auf mindestens minus 50 steht, wo fast die Hälfte der Arbeiter im Reich noch erwerbslos ist, durch das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe Vertreter der baugewerblichen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen nach Berlin zu einer

Aussprache über die Arbeitszeit im Baugewerbe

Dem unentwegten Drängen der Unternehmer des Baugewerbes, eine gesetzliche Ausnahmebestimmung über die Arbeitszeit zu schaffen, folgt das Sozialministerium in Preußen und, wie bereits bekannt geworden ist, eine Anzahl anderer Landesregierungen ebenfalls, deren Ausnahmestimmungen im Januar und Februar festgesetzt sind. In Preußen ist diese Maßnahmen stehen die Konferenzen der baugewerblichen Unternehmerorganisationen, auf denen genehmigte Resolutionen an die Regierung abgelehnt wurden, daß unter allen Umständen die Arbeitszeit vom 15. April bis 15. November verlängert werden müsse. Die größte Schmelzerei leistet sich, wie schon erwähnt, der Beton- und Tiefbauarbeiterverband, dessen Mitglieder in die größten baugewerblichen Unternehmungen sind und die wieder, stärker als ihre Hochbaukollegen, mit den schwerindustriellen Kreisen dem Achtstundentag endgültig das Genick brechen möchten. Der Industrie ist ja der Achtstundentag längst ein Dorn im Auge, in dieser Hinsicht ist weiter nichts als ein Teil der allgemeinen reaktionären Bestrebungen. Die Unternehmer des Baugewerbes reihen sich würdig ein in die gesamte politische, wirtschaftliche, soziale und Kulturreaktion. Die gemeinsame Front der Unternehmer und Ausbeuter verdrängt sich immer mehr. Die Gründe für eine Verlängerung seitens der Unternehmer sind jedoch weniger wichtig, die „nackteste Profitlust“ sieht. Die Arbeiterfrage des Baugewerbes hat also die unangenehme Pflicht, auf arbeitszeitlichem Gebiete

die Klagen offen zu halten. Nach den hier dargelegten Tatsachen müssen die Bauarbeiter mit einem über das ganze Reich ausgebreiteten Arbeitszeitkampf in diesem Jahre rechnen und sich darauf vorbereiten. Dem angreifwichtigen Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit muß die Arbeitsfrage des Baugewerbes die Patrole der

Verlängerung der Arbeitszeit unter acht Stunden

entgegenstellen. Wesen doch die Jahresstatistiken einwandfrei nach, daß Tauende von Bauarbeitern und Hochbauarbeitern das ganze Jahr und auch die höheren Lohngruppen höhere Zeitabschnitte erwerbslos waren und geliehen sind. Dazu kommt, daß die Regierung gar nicht daran denkt, ein einheitliches Wohnungsprogramm aufzustellen, um eriens den Bedarf an Schlafwohnungen schneller zu fördern und zweitens auch den Bauarbeitern für das ganze Jahr Arbeitsstellen zu sichern. Einzelne Gebäude, wie z. B. die Provinz Schulen, haben seit längerer Zeit Überbeschäftigung aufzuweisen, insbesondere trifft dies bei den Zimmerern zu, was durch eine unheure Verdrängung der Arbeiter durch Berufsbeschäftigte herbeigeführt ist. Verlängerung der Arbeitszeit und Beschäftigung der Arbeiter in einer Art der Anfinstern der Unternehmer. Unter diesen Gesichtspunkten mögen die Unternehmer mit frecher, dreister Miene Gegenbehauptungen aufstellen, und jeder einzelne, der in der Praxis steht, wird eingehen müssen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Bauarbeiter noch nicht einmal für acht Stunden Arbeit vorhanden ist. Würde die Bauarbeiterschaft auch nur eine halbe Stunde Verlängerung ausgeben, wäre dies Geschäft jenseitig und die

Bemühung tausender Lebenshaltungen. Darum wird der Standpunkt der Bauarbeiter nach wie vor unerschütterlich sein, mögen die Unternehmer des Baugewerbes auch die beherrschende Regierung den Kampf eröffnen, die Bauarbeiter werden ihm auf allen Gebieten mit der größten Kraftentfaltung und gewerkschaftlichem Eifer begegnen. (Ein weiterer Artikel folgt.)

Mansfeld-Sangerhausen

Nachfrage zum Mansfelder Beekreislag

Kreisleiter zur Politik der „Vielgelesenen“ Sozialdemokratie

Der sozialdemokratische Landrat Kitzner und die Deutschnationalen legen den Wohnungsausschuss im Mansfelder Beekreislag. Die Herren von der SPD sind missiglich an den Beekreislagern der Wohnungs-Gesellschaft. Und die diese Gesellschaft aus dem Beekreislag bezieht. Als der Beekreislag des Beekreislag in der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse erschien, konnte man sofort den engen Kontakt beider Gruppen verspüren. Im Chor riefen und schrieben sie: „Was die Kommunisten bringen, sind Spinnweben an der Wand.“ König hält Danneberg, meist des Anheben der SPD, im Kreislag glänzend im „im. So politisiert wenigstens Herr Schulz aus Helfra. Die „Eislerbe-Lente“ schrieb: „12 Punkte in 4 Stunden, das können somit 2 1/2 Minuten auf jeden Punkt.“ Wenn das „Tagesblättchen“ den Ausführungen des Landrats allein drei Spalten widmet, so kann man die gewöhnliche Schreibweise dieser Leute einmal richtig erkennen.

Warum fordern wir Kommunisten 400 000 Mark zu Haussteuer?

Weil bei der Verteilung der Haussteuer im Frühjahr 1927 für 400 000 Mark Steuern ausgeschrieben wurden, wurden 400 000 Mark im Frühjahr 1927 Anleihen teilweise voll ausgeschrieben und zu 6 Prozent Zinsen! Hätte der Landrat die Beratung des SPD-Antrages nicht bis zum Januar 1928 hinausgezogen und es wäre den Leuten um Kitzner und Wendenburg ernst mit der Befreiung der Wohnungsbau, so wären wir bestimmt im Wohnungsausschuss ein gutes Stück weiter. Aber nicht nur, daß wir gegen den SPD-Antrag im Chor stimmten und weitere, nein, man setzte der ganzen Sache noch die Krone auf. Der Herr Landrat erklärt im Amt und Verhandlungsamt am 4. Februar 1928 eine Befreiungsmöglichkeit, was doch die besten wollen, zur Revisionierung des früheren Aufstieges, die zwischen 1000 und 5000 Mark läßt! Jeder „vernünftige“ Mensch, gleichviel in welchem Lager er steht, wird beim Lesen dieser Befreiungsmöglichkeit den Kopf schütteln und fragen: Wo soll denn der Gelder das Geld hernehmen oder was soll ihm das bringen?

Der Ortsgruppenleiter Wendenburg schreibe im Kreislag den Kredit für die Arbeiter ab und in Kreislag der Sozialdemokraten Revolution machen, wenn ihnen der Staat keine Kredite gibt!

Die SPD lehnt im Kreislag die Kredite für die Arbeiter ab. Der Abgeordnete Witzke fährt nach Hause und läßt von der Gemeindevorstellung eine Anleihe beschließen, für die Gemeinde Unter-Zeuthausen.

Durch die hier geführten Maßnahmen kommt höchst selten ein Gelder zum Vorkommen. Wir werden ja sehen, nach welcher Seite man die Haussteuer schieben will. . . .

Nun zur Siedlung. Wir haben über den Kreislag eingehend berichtet, auch über den von den „anderen“ sein ausgenommenen Landrat, der nicht länger, Herr Schulz, der arme Schulz, der arme Schulz, er läßt sich auf dem Schulhof in Canossa als er an die Türpfosten geht, sein Gutachten abgeben sollte. Der Herr Landrat ist sofort, daß Herr Schoof unabhängig bestand und darauf nicht nur, sondern vorzutreten. Es klappert dann aber immer noch nicht und er mußte noch drei Schritte vorzutreten. In dieser Situation merkte man dem Herrn Landrat, der früheres Amt, er als er noch unter den untersten Spröde der großen SPD-Leiter stand. Na, wir werden ja sehen, wie er Mansfeld einmal verläßt. Herr Schulz sammelte sich in diesen ja seiner Verlegenheitsrede. Der Abgeordnete John, umsofort, wurde recht verlegen. Er mußte nämlich, daß das Auftreten von Schulz, Kitzner und den anderen ein großes Betrugsmotiv war.

Haben John und Schulz 1923 nicht im Kreisaustrich gesehen? Haben sie nicht von den Wagnisfragen der Siedlungs-Gesellschaft gewußt?

Hat der Abgeordnete John nicht im Juni 1923 in Höhnkei eine Siedlungsmöglichkeit abgelehnt und den Beekreislag ergründet, daß die Siedlungs-Gesellschaft von 72 000 Mark überweisen Hausgeldern 50 000 Mark für Verwaltung verpauert hat?

Hatte nicht die Siedlungs-Gesellschaft in einem Jahre einmal 40 000 Mark für Verleumdungen ausgegeben?

Hat die SPD seit Bestehen der Siedlungs-Gesellschaft nicht gewußt, welches Verleumdungsgeld sie in der Siedlungsgesellschaft hat und die seinen Kerle Kitzner, Spitzer, Rieckh und ihr Protektor Meutenheim, wo sind sie? Jetzt holt man einen Schoof her und läßt ihm in Kreislag eine Verleumdung halten.

Hat der Landrat von seinem Parteifolger in Sachen Siedlung nicht unterrichtet?

Wenn ja, warum ein solches Auftreten? John brachte doch 1923 das ganze Siedlungsmaterial zu Papier. Hat die Gesellschaft den Siedlern nicht viele schlaue Ratschläge gegeben, daß der arme Siedler vor aller Schuldenlast wieder ein noch aus wußte?

Hat es nicht eine Gemeindefeindschaft, wenn die Sozialdemokraten im Bund mit den Deutschnationalen die Siedlungs-Gesellschaft reinvandalen und den Siedlern in seiner Schaffenslust und seinem Recht befehle schickte? Angehts solcher Taten werden wir zur geeigneten Zeit den Kreislag und die Bevölkerung fragen, ob sie gemillt ist, sich noch länger in der Weise und von einem solchen Landrat regieren zu lassen. Wir werden unsere Leser laufend weiter unterrichten.

Hungernde Trottelzogen durchs Mansfelder Land

Heinsdorf, den 13. Februar.

Ein interessantes Schauspiel hat sich hier der arbeitenden Bevölkerung beim Winterernte des „Kriegsereits“, bestehend aus einem Nachmittagskonzert und einem Ball am Abend. So war es bisher alljährlich.

Diesmal wollte man aber mal demonstrieren, man mittlere Paragrafen. Am 1 Uhr mittags war vor der Schule Antraten. Dann trateten die „Kriegsereits“ unter Trommel- und Pfeifenklang und mit Militärgehären, Modell 88, bewaffnet, in die Kirche. Nachdem dort der Waffe seinen Sermon über das Thema: „Du sollst nicht töten!“ an den Mann gebracht hatte, laschte man unter „rätzlich“ der Behringstapelle zum Schluß mitge aus Andern durch das ganze Dorf, daß es Sünde anstehen —!

Es war ein Bild zum Auelein.

Gefangenen und Schenkhüter Heim und andere Krieger, sowie Kreturen, die zur Zeit dem Zusammenbruch des 1918 in der fünften Woche ihrer Ausbildung standen, hatten wie Jungsoldaten ihre Rinnen geschnitten. Dabei ist besonders erwähnenswert, daß ein Vertrauensleiter der SPD, „Anwalt mit der Räte“ und der Zahlstellenleiter des Landarbeiterverbandes, Fritz Wagner, mitemanz waren. Auf solche Heiden kann die Noke-Partei wirklich stolz sein. (Hier ist wohl ein Arbeitseisfeld für den Kreisleiter Markt aus Aßleba negebeten?) Inubermend wollen wir noch andere Beispiele halten mit. Der eine von den „Gmils“ merkt in einer Begegnung gar nicht, daß ihm eine große Träne — aus der Nase über den Bart lief, und „Doudio“, der — hatte sicher zum Mittag zwei Kommunisten verschlungen.

Dann geschah etwas Belohnendes. Als der Zug in die Nähe der Siedlung Chaussee kam, lärmte die Spitze laut nach links, nach rechts herum! Alles rief gleich: „wohin?“

Da meinte der Feldwebel, der seinen Sämel am Kilometerstein weite: „Jetzt hamer einmal Sämel und Flinten, da marstieren me his Paris!“ Darob große Beifriedung. Der Heidenmut war abhanden gekommen. Karl meinte: „Wenn me i Wagen begegnen, laß ich noch nodder ummers Bein fahre, das hat schon damals gehalten im Felde.“ Aber soweit man es sieht. Die deutschen Frauen kamen hinter dem Zuge her gerannt und sie sagten zu ihren

Männern: „Ihr seid wohl bumm geworden? Bloß auf der Bühne sollt Ihr Krieg machen. Ihr habt doch auch gar nicht zu essen mitgenommen.“ Da sind denn alle wieder umgedreht auf diese Vorfälle hin. In Schars Zustand seinen Saale haben sie nachher festgestellt — bis in die Späte Nacht hinein! Es gab dabei mannde Weige —

Aber Ihr alle, Ihr Arbeiter, die Ihr von Eurem Arbeitgeber ausgebeutet werdet, von früh bis spät, und Ihr Erwerbslosen, die Ihr auf Eure Mithilffung wachtet, auf manelange warten müßt, Ihr müßt Euch von solchen Leuten abwenden, weil sie Eure Kasseninteressen mit Füßen treten. Ihr müßt mit solchen Geistes nichts gemein haben. Ihr müßt Euren Klassenkampf bewahren. Erkennt die Zeichen der Zeit, beistellt den „Klassenkampf“, und lest und lernst aus ihm, wie Ihr Euch zusammenzuschließen und kämpfen müßt. Schmeißt die Kritik aus, steht ihn an alle Geden und Kanten des Dorfes. Werbt neue Leute. Daß nun regelmäßig über die Zustände in unserem Orte geschrieben wird, das verpöcht Euch.

Der Inaktive Jude.

Was man im Kelbraer Stadtparlament tut

Am vergangenen Freitag fand hier wieder eine Stadtparlament-Sitzung statt, die sich unter anderem mit der Einführung der Biersteuer in Kelbra befaßte. Auf Grund einer Regierungsverordnung sind die Gemeinden verpflichtet, eine Biersteuer zu erheben, und zwar auf das Vollbier (das hier meistens in Frage kommt) 2 Mark pro Hektoliter, auf das Lager also 2 Pfennig. Die SPD-Fraktion erstrebt, daß die geringfügig gegen die geplanten Biersteuer sei, weil sie ihr eine neue Steuerbefreiung für die kleinen Wirtschaften ist. Das Stadtparlament trägt diese neue Steuer nämlich nicht. Die bürgerliche sowie die SPD-Fraktion lehnt sich für die Einführung der Biersteuer ein. Sie haben eine billige Ausrede: „Wenn die Steuer von der Stadt nicht eingezogen wird, dann sieht

„Die IAH. gegen die Gewerkschaften“

so hört man verschiedene Sozialdemokraten sprechen. Sie sagen: „Die IAH, unterführt die Unorganisierten, so daß diese gar nicht daran denken, sich einem Verband anzuschließen. Sie stellen den Kampf stets auf die Solidarität ab.“

Ein politisch farschender Arbeiter weiß, daß die Gefahr des Streikbruchs durch Nichtorganisierte größer ist als die anderen Tendenzen, die natürlich auch vorhanden sind. Deshalb unterliegt er der Kritik der IAH.

Wären die Reformisten tobten. Wie lagen den Unorganisierten unerschrocken, daß sie sofort den Gewerkschaften beitreten haben, wenn sie als Klassenangehörigen betrachtet werden wollen. Nicht durch Hungerlappen, sondern durch Solidarität gewinnen wir neue Mitglieder!

„Die IAH. für die Gewerkschaften“

Die IAH. für die Gewerkschaften. Also muß sie die Stadt einzutreten! Ganz erklärt, daß man nicht darum herumkäme. Die Verbordnungen der vorgeschlagenen Regierungen müßten revidiert werden. Letzten Endes würde die Abschaffung der Steuer die unangenehmsten von der Regierung ergehen. (Was bleibt hier das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden? Wo bleibt die Durchführung des Verzeichnisses der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie?)

Nichts als billige Agitationsmittel sind es.

Die Einführung der Biersteuer wird also beschlossen gegen die Stimmen der Kommunisten.

Die Einführung des Debitorsbüchchens im Einklang mit den Einkünften beschlossen. Die Arbeiter werden im Jahre der Veranschlagung beschlossen. Dann kommt der Antrag eines Stils Landes zur Kriegsbroschüre von Landrat Stifting zur Sprache. Der Preis beträgt — nach den Sätzen berechnet, die die Stadt für den Quadratmeter Baugelände nimmt — 482,50 Mark. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Als letzter Punkt wird ein Antrag des Kuratoriums der Privat-

schule verhandelt, einen städtischen Zuschuß zu gewähren. Einem Antrag, einen Staatszuschuß von 2000 Mark zu erhalten, wird von der Regierung stattgegeben, wenn die Stadt mindestens die Hälfte der geforderten Summe ausbezahlt. Etat und Budget für 1928 geschätzt, sind in Anwendung gebracht worden. Der Kapitalrat hat 500 Mark dafür berechnet und 500 Mark bares Geld, mithin 1000 Mark. Die anderen 1000 Mark gibt der Staat.

Genosse Gerlach erklärt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des geforderten Zuschusses. Wer seine Kinder in die Schule schicken darf, hat mindestens auch das Geld dazu. Und Genosse Gerlach stellt treffend fest, daß der Antrag der SPD auf Bewilligung eines Bauförderzuschusses für ein Kinderheim der IAH, in Rücksicht auf die Begründung abgelehnt wurde, daß unsere Kinder keinen Nutzen davon hätten. Na, und unsere Kinder haben einen Nutzen davon, wenn das Geld dem Bauamt der IAH geht. Die SPD lehnt deshalb auch die geforderten Mittel ab. Die SPD lehnt sich warm für die Familienhilfe ein und tritt dadurch die Bekämpfung ihrer Kreislagfraktion mit Füßen (aber das kommt nicht so genau darauf an). Bei der Abstimmung gingen die IAH in Arm und Bein, die ihnen gnädig die bürgerliche Gesellschaft gibt, lieber als die Interessen der Arbeiterkassen.

Arbeiter, Freidenker, Kommunisten, Sozialisten, Arbeiter! Der Verband für Arbeiter und Feuerbeheizung veranlaßt am Freitag, dem 17. Februar, im „Geechhaus“ einen Vortrag über „Geb- oder Feuerbeheizung“. Mit diesem Thema stellt der Verband ein Problem zur Diskussion, das volkswirtschaftlichen Sinne von großer Wichtigkeit ist. Kein Arbeiter, keine Arbeiterfrau darf bei dieser Veranstaltung fernbleiben, zumal zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten werden soll.

Besellschaft. Und hier lebt der Solidaritätsgedanke. Am Sonntag wurden hier von Genossen Franz Richter 2,50 Mk. für die freitenden Metallarbeiter gesammelt. Das Geld wurde dem Landesauswahler der IAH, überreicht. Auch die folgenden Sonntag sollten nun ihren Willkür als Klassenkampf aufgenommen und in den Betrieben oder wo sie sonst sind, mit aller Energie für die Metallarbeiter sammeln.

Steden. An alle! Am Sonntag, dem 19. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal Hoffmann ein öffentlicher Mitgliedsantrag statt. Zur Aufführung gelangt die „10-Jahresfeier in Rußland“. Die Arbeiterkassen von Steden und Umgebung wird hiermit eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen. Am 18. März, Da sich nun schon 80 auswärtige Genossen für Sonnabend, dem 17. März, angemeldet haben, benötigen wir auch Quartiere. Alle diejenigen, die gewillt sind, einige Genossen ins Quartier zu nehmen, bitten wir, dies bei den Genossen Richard Geiger, Richard Witz und Erich Geiger zu melden. Wir bitten die Einwohner von Steden, uns in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Frei. Nicht so fahrlässig handeln! — Am Sonntagabendvormittag wurde hier auch durch Herrn Göttermann eines herabkommenden Leitungsorgans der elektrischen Oberleitung gestiftet. Wie in den meisten Fällen, so trat auch hier, nach Ansicht eines „ganz schlauen“ Bauers, der Geschäftsführer die Schuld. Aber aber die Leitung richtig betrachtet hat, ist der selben Überzeugung, daß hier eine große Unfähigkeit der Überlandwerkes Sozialreises, Bitterfeld, die Zentralstelle für unsere heiden Märktgebiete hat. Da sich nun schon 80 auswärtige Genossen für Sonnabend, dem 17. März, angemeldet haben, benötigen wir auch Quartiere. Alle diejenigen, die gewillt sind, einige Genossen ins Quartier zu nehmen, bitten wir, dies bei den Genossen Richard Geiger, Richard Witz und Erich Geiger zu melden. Wir bitten die Einwohner von Steden, uns in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Frei. Nicht so fahrlässig handeln! — Am Sonntagabendvormittag wurde hier auch durch Herrn Göttermann eines herabkommenden Leitungsorgans der elektrischen Oberleitung gestiftet. Wie in den meisten Fällen, so trat auch hier, nach Ansicht eines „ganz schlauen“ Bauers, der Geschäftsführer die Schuld. Aber aber die Leitung richtig betrachtet hat, ist der selben Überzeugung, daß hier eine große Unfähigkeit der Überlandwerkes Sozialreises, Bitterfeld, die Zentralstelle für unsere heiden Märktgebiete hat. Da sich nun schon 80 auswärtige Genossen für Sonnabend, dem 17. März, angemeldet haben, benötigen wir auch Quartiere. Alle diejenigen, die gewillt sind, einige Genossen ins Quartier zu nehmen, bitten wir, dies bei den Genossen Richard Geiger, Richard Witz und Erich Geiger zu melden. Wir bitten die Einwohner von Steden, uns in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitung

Hermann Schmidt

Heute, Mittwoch, den 15. Februar, 17 Uhr, wird unser verstorbenen Genosse Hermann Schmidt, Klein-Potwitz bei Meiterzeube, zu Grabe getragen. Alle Genossen der umliegenden Ortsgruppen, die Hermann Schmidt die letzte Ehre erweisen, müssen um 16.30 Uhr in Klein-Potwitz verammelt sein. Mit Hermann Schmidt geht einer unserer besten und aktiven Genossen dahin. Wir lassen die Leiche ruhen über seinem Grabe mit der Gedächtnis, in seinem Sinne weiterzukämpfen.

Die Arbeitsgebietskonferenz Hohenmölsen für die Einheit der Partei

Eine am Sonnabend in Großfisch stattgefundene Arbeitsgebietskonferenz nahm Stellung zur politischen und innerparteilichen Lage. Einstimmig wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die am 11. Februar gut besuchte Arbeitsgebietskonferenz des Arbeitsgebiets Hohenmölsen, nimmend Stellung zu dem Aktuellen Aktuellen aus der Partei. Sie verurteilt die Haltung Aktuellen und die veranlagt, daß er das von der Partei erhaltene Landtagsmandat niederlegt. Sie spricht der Bezirksleitung und der Zentrale der Partei ihr volles Vertrauen aus. Ziel zu lange hat die Bezirksleitung die Willkürlichkeit des Aktuellen in der Partei gebildet, und daß den Besorgten nicht gelingen, im Bezirk Fuß zu fassen. Ihr parteiöffentliches Treiben muß und wird an dem Vorstand der Parteimitglieder scheitern. Hoch die Einheit der Partei, hinweg mit allen Parteifeinden.“

Alle Funktionäre der Partei, des HPH, und der Jugend werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 25. Februar ein Funktionärs-Tage beginnt. Umfang beschließen ist abends 8 Uhr im „Schloß“, Witz, Witz, Mitglieder und Gäste sind dazu eingeladen.

Sozialdemokratie und Kirche

Enge Geltesverwandtschaft der Naumburger Ortsgruppe des Zentralverbandes mit der Kirche

Die hiesige Ortsgruppe des Zentralverbandes hat unter der Leitung des Sozialdemokraten Ulrich. Am zur Seite steht der Kaufmann E. G. n. e. r. Beide leisten sich in der Bekämpfung der SPD-Genossen das Tollste, was es gibt. Vor allen Dingen können sie nicht übersehen, daß der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit sich mit Sozialdemokraten

besetzt. Durch die gute Arbeit, die unsere Genossen im Internationalen Bund leisten (sei es bei Verteilungen oder den Versicherungsämtern usw.), was die alten, hilflosen Rentenempfänger erkannt haben, sind circa 100 Mitglieder übergetreten zum Internationalen Bund. Auch haben dieselben den Antrag der SPD, in deren Partei der Rentenempfänger gegenüber dem Staat, was in der Beratungen oft durch die alten Leute zum Ausdruck kommt.

Folgendes Wortfall geben wir der Defektheit bekannt, der diese Heiden vorzüglich charakterisiert:

Um Weisheiten herum triefet die öffentliche Fäulnis vor Wohlthätigkeit. Ganz besonders die Kirche. Die Klaffen Frieden in ihrer Gemeinde herum und suchen die alten Leute auf und prüfen, was die Kirche über ihrem Grabe mit der Gedächtnis, in seinem Sinne weiterzukämpfen.

In den Parteien, die Mitglieder des Zentralverbandes erhalten, war unter anderem ein Vorfall eingeleitet und den anderen Einleitungen eine Einladung zu einer öffentlichen Versammlung des Zentralverbandes. Der Gottesmann E. G. n. e. r. und der Sozialdemokrat Ulrich arbeiten alles Hand in Hand, um ihre Schäfchen zu retten!

Treffend ist in diesem Beispiel der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie mit der Kirche einen Strang zieht.

Kritiken, wie tief bist Du gestunken in der Bekämpfung der alten Leute, die den Klassenkampf lebenden Organisationen! Klugheit hat auch die Kirche ihr wahres Gesicht gezeigt! Wie heißt es doch? „Der Gottes Thron sind sie alle gleich. Trotzdem kann ein Teil der Kenner sich ermaßen und bei andere Leute. Nebenfalls heißt „der da oben“ sich gerade zu einem schlauesten Heißhüter und maßlosheitlichen Streich überlassen.“

Allen Rentenempfängern empfehlen wir, diese Gesellschaft, die mit unererlei Maß mißt, zu meiden. Trete ein in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, dort findet Ihr Unterstützung und würdige Betreuung!

Naumburg. Lob durch Vergiftung. Der in Naumburg alljährlich heimlich und heimlich Augenarzt Dr. Hausmann ist durch Giftvergiftung verstorben.

Grosen. Achtung! Achtung! In dem Artikel Nr. 33 des „Klassenkampf“, was geht in Gosseten vor? muß es in dem Satz: „er gibt dabei“ bekannt, daß eine Sitzung stattgefunden hat wegen der Einkommensfrage von Gosseten mit dem Gosseten, Witten und Witten“ um heißen: „er gibt dabei“ bekannt. Wir bringen die Achtung, damit die Herren Kenner und Co. uns nicht der Lüge bezichtigen können. Wir haben genügend stichhaltige Argumente gegen sie.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle, Brodtkauf-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Embd. Halle, Verdenstraße 14. Anzeigenpreis: 15 Pf. für die viermalige und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. (Halle) 2108, (Halle) 2107 (Halle) 2251. Telefon: Dr. Krichbaum Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Telephon: 1058. 68. Arta. Arta Halle.

Einzelpreis 10 Pf. Halle, Mittwoch, 15. Februar 1928 8. Jahrgang * Nr. 39

Arbeiterfront gegen Bürgerblockfront!

Der Weg zum Ziel!

Die Industriellen haben die Gesamtanspannung in der Metallindustrie beabsichtigt, um mit allen Mitteln die mitteldeutschen Arbeiter auf die Knie zu zwingen. „Der Erfolg des Kampfes wird richtunggebend für die Lohnpolitik der nächsten Monate werden“, so verkünden die Industriellen. Sie berufen sich dabei auf den Schiedsspruch in der Hüttenindustrie, der einen Hungerlohn von 78 Pfennigen festlegte.

Die Niederlage der Arbeiter in der Hüttenindustrie soll jetzt zum Maßstab für alle kommenden Lohnbesetzungen werden.

Warum haben die Hüttenarbeiter ihre Forderungen nicht durchsetzen können? Weil die Gewerkschaftsteilungen das Kampfbündnis der Hüttenarbeiter, Berg- und Transportarbeiter ab-

folgendes Telegramm wurde von der geliebten Kundgebung der freitenden Metallarbeiter, die im „Volksparc“ Halle stattfand, abgelesen:

Verbandsrat Metallarbeiter, Moskau

Halle: Metallarbeiter im schweren Kampf gegen mitteldeutsche Metallunternehmer senden Euch heiße Grüße. Danken für Solidaritätstelegramm. Begrüßen Anführung aktiver internationaler Solidarität. Befestigen Kampf bis zum Siege fortzuführen!

lehnten! Erst nach Beendigung der Hüttenarbeiter-Bewegung sollten die Bergarbeiter ihre Forderungen aufstellen. Diese Zerspaltung der Kampffront haben die Industriellen geschickt ausgenutzt. Zur rechten Zeit hat der Arbeitsminister des Bürgerblocks den Forderungen der Großindustriellen entsprochen und ihnen Schiedsschiedsspruch gefällig, der die Hüttenarbeiter mit zwei Bettelpfennigen abspeiste. Die sozialdemokratische Presse stellte sich offen auf die Seite des Bürgerblocks, indem sie sogar die beschleunigte Durchführung des Schiedsverfahrens forderte und erklärte, die „Staatsautorität“ — des Bürgerblocks! — müsse geschützt werden.

Nach jetzt ist der Arbeitsminister des Bürgerblocks wieder dabei, einen Schiedsschiedsspruch vorzubereiten, um auf diesem Wege den mitteldeutschen Kampf abzuwürgen.

Wiederum hilft die Sozialdemokratie dem Bürgerblock, indem sie den Arbeitern einreden versucht, daß die Auspersperrungsentscheidung ein Griff an die Gurgel der Wirtschaft“ und des „Staates“ sei, während in Wirklichkeit die Industriellen der Arbeiterfront an die Gurgel fassen. Die Sozialdemokratische Partei stellt sich offen auf die Seite des Bürgerblocks, denn wer sich berufen fühlt, die Wirtschaft des Trustkapitals zu schützen, wer seine Hoffnungen auf den Bürgerblockschlächter setzt, der kämpft gegen die Arbeiterfront.

Wie lange soll das so weitergehen? Sollen die mitteldeutschen Metallarbeiter, die Bergarbeiter, die Chemiewarbeiter und die Eisenbahner nacheinander Niederlagen erleiden, weil die reformistischen Führer des Kampfbündnisses der Arbeiter absehen? Die Industriellen kämpfen in geschlossener Front. Mit allen Mitteln unterstützen sie die mitteldeutschen Metallindustriellen. Sie pressen auf Tarifverträge. Sie wissen, daß ein Sieg der Industriellen in Mitteldeutschland richtunggebend für die kommenden Lohnbesetzungen in der Chemie, im Bergbau und bei der Eisenbahn ist. Sie sind sich auch bewußt, daß eine Niederlage der Arbeiter im mitteldeutschen Kampf die politische Macht der Trustbourgeoisie steigert, es den Arbeitern erschwert, den politischen Kampf gegen die Hunger- und Unerbittlichkeitspolitik, gegen die Durchführung des „Notprogramms“ des Bürgerblocks zu führen.

Deshalb gibt es, gegenüber der Bürgerblockfront die Arbeiterfront zusammenzuschließen!

Die Arbeiterklasse und insbesondere die Gewerkschaften müssen alle Kräfte einsehen, um die mitteldeutschen Metallarbeiter durch Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe in Mitteldeutschland zu unterstützen.

In der Großindustriellindustrie muß aufs neue der Kampf für den Achtstundentag und gegen die Sonntagsarbeit auf-

Vor neuen Verhandlungen!

Verhindert einen Bettelpfennig-Schiedsspruch — 15 Pf. und nicht weniger

(M.B.) Berlin, 14. Februar.

Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Rücksicht auf die drohende Ausbreitung des Kampfes entschlossen, von Amts wegen ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Verhandlungen finden voraussichtlich am Freitag, dem 17. Februar, im Reichsarbeitsministerium statt.

Der Reichsarbeitsminister Brauns gehört dem Befehl seiner Trustherren. Er setzt neue Verhandlungen an, in denen wahrscheinlich ein Schiedsspruch gefällt werden wird, der sich im wesentlichen mit dem ersten Bettelpfennig-Schiedsspruch decken wird.

Wir haben bereits vor acht Tagen, als die erste Auspersperrungsdrohung erfolgte, bemerkt, daß wir eine derartige Drohung für einen bluff halten. Und wir haben auch gesehen, daß erfolglose Bettelpfennig-Schiedssprüche an dieser maßgebenden Stelle festgehalten und nicht gewillt, sie fallen zu lassen.

Wir wollten heute in einer Diskussion mit Metallarbeiterfunktionären, die wir über diese Angelegenheit der reformistischen Führer hatten, ein Arbeiter sein!

Wenn es sich nach Meinung der SPD, nur um einen bluff der Unternehmer handeln würde, dann dürften die reformistischen



demokratische die Maßnahmen der die deutschen Wir „man überlege die Mittelschichten“ (p. 14. 2). „verhindert werden sollen und für verhältnismäßig, daß die Hindernisseklärung sehr gefährlich, zu vermeiden, wies auf die „Ab...“ Das dieser Tröf...“ Die Sozialdemokratischen Führer ihre...“ Sie zu beden versuchen...“ Sie, daß die Unter...“ den nächsten Tag werden es ja zeigen!

Wie uns heute mitgeteilt wird, haben die Gewerkschaften der Sowjetunion, die der Internationalen Arbeiter-Hilfe angeschlossen sind, ihren Worten die Solidarität der Tat folgen lassen und der M.B. für die Streikenden eine größere Geldsumme überwiesen. Ein ansehnlicher Teilbetrag befindet sich schon in den Händen des hiesigen Landesauschusses.

Führer sich auf keinen Fall einem Zwangsschiedsspruch beugen. Dann gibt es erst recht, die Forderungen zu zeigen und auch gegen die Bettelpfennig-Schiedssprüche zu kämpfen!

Wir werden erleben, daß die gelobte Logik von der Sozialdemokratie nicht eingehalten wird, weil die Voraussetzung, es handle sich um die Auspersperrungsauflösung um einen bluff, eben nicht stimmt. Sie werden kapitulieren, wenn es durch den Streik der Arbeiter in allen Betrieben und Betrieben nicht verhindert wird. Die nächsten Tage werden es ja zeigen!

Worauf es ankommt, behandelt nebenstehender Artikel.

den mitteldeutschen alten Forderungen... ter und Eisen... ablaufen, müssen... arbeiter die Durch-

legung ihrer Forderungen ungeheuer erschwert oder vielleicht ganz verhindert. Im Interesse der Entzweiung der Forderungen der Bergarbeiter, Chemiewarbeiter und Eisenbahner ist es notwendig, daß sofort die Gewerkschaften dieser Industrien das Kampfbündnis mit den Metallarbeitern organisieren, damit die Durchführung der Auspersperrung der Metallarbeiter mit dem Streik der Arbeiter in der Chemie, im Bergbau und bei der Eisenbahn beantwortet werden kann.

Arbeiter, Klassengenossen! Verhindert, daß eine Arbeitskategorie nach der anderen niedergeschlagen wird, organisiert das Kampfbündnis der Arbeiter der entscheidenden Industriegruppen!

Geschlossene Arbeiterfront gegen Bürgerblockfront! Mäitelt in allen Betrieben die Jagdhasen und Unentschlossenen auf! Demonstriert den einmütigen Kampfwillen! Organisiert in allen Orten am Montag, dem 20. Februar Massenversammlungen und Demonstrationen! Beweist am Montag durch Aufmarsch der Arbeiterbataillone, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht mit verschränkten Armen zusehen wird, wenn die mitteldeutschen Metallindustriellen versuchen, durch Auspersperrung im Reich die Metallarbeiter auf die Knie zu zwingen!

Beratungen . . . wo es zu handeln gilt!

(M.B.) Stuttgart, 14. Februar.
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte heute seine Gesamtsitzung zu einer Sitzung nach Stuttgart einberufen, um zum Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller betreffend die Auspersperrung in der Gesamtmetallindustrie Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Wie wir von der Besammlungsleitung erfahren, lagen sich abends 8 Uhr noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Es war wohl von der Besammlungsleitung vorgelegt worden, daß wurden aus der Besammlungs heraus noch Zusatzentscheidungen gefaßt. Die Debatte geht daher morgen früh weiter und die Entscheidung dürfte nicht vor Mittwoch vormittag zu erwarten sein.

wollen wir erneut einen Generalangriff um die Hirne und Herzen der Werktätigen durchzuführen. Wir wollen

eine große Werbekampagne

für unsere Partei und unseren „Klassenkampf“ verankern. Große wirtschaftliche und politische Aufgaben und Kämpfe stehen vor dem Proletariat. Dazu gibt es, unsere Waffen zu schärfen, die Zahl unserer Anhänger zu vergrößern, unseren Einfluß zu vertiefen. Jeder Genosse muß teilnehmen an dieser Arbeit

für Partei und Presse!

Organisiert in Betrieb und Wohnbezirk rechtzeitig die Werbekampagne. Arbeit planmäßig, dann sind die Erfolge sicher!

1. Großwerbetag ist Sonntag, 28. Februar

Demonstriert gegen die Offensive der Trustbourgeoisie

Am Montag, dem 20. Februar, verläßt alles 1 Stunde vor Arbeitschluß geschlossen die Betriebe zu den Demonstrationen für Lohnerhöhung und Achtstundentag, gegen Bürgerblock und Imperialismus.